

### **13 Die Entwicklung von ARBEIT UND LEBEN vor dem Hintergrund der Deutschen Einheit und den Anforderungen verschärfter Marktkonkurrenz**

ARBEIT UND LEBEN sah sich schon bald nach den Feiern zum 40. Jahrestag seiner Gründung ganz neuen Herausforderungen ausgesetzt, die sich durch zwei Faktoren darstellen lassen:

1. die Herausforderung durch die Deutsche Einheit und
2. die zunehmende Konkurrenz auf dem Weiterbildungsmarkt

Darüber hinaus verstärkte sich die Diskussion in Niedersachsen über die Notwendigkeit, das niedersächsische Erwachsenenbildungsgesetz zu novellieren, was wiederum von ARBEIT UND LEBEN einerseits stark mit beeinflusst wurde, und sich andererseits auch auf ARBEIT UND LEBEN in der 2. Hälfte der 90er Jahre auswirkte.

Die Aufgaben der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN veränderten sich mit der gesellschaftlichen Entwicklung und insbesondere auch in Folge der deutsch-deutschen Vereinigung. Dabei hielt ARBEIT UND LEBEN fest an seinem Ziel, in allen Bereichen der politischen, beruflichen und allgemeinen Bildung tätig zu sein und das aus dem Satzungsauftrag abgeleitete Ziel anzustreben, persönliche Weiterqualifizierung und politische Kompetenz miteinander zu verbinden.

In der von ARBEIT UND LEBEN angesprochenen Zielgruppe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vollzogen sich – bedingt durch den enormen technologischen Wandel – sowie durch die politische Entwicklung große soziale Veränderungsprozesse. Herkömmliche Berufsstrukturen, traditionelle soziale Orientierungen und Verhaltensmuster wurden in Frage gestellt. In dem Jahresbericht 1990 heißt es deshalb, daß grundsätzliche technische und organisatorische Neuerungen in der industriellen Produktion neue Qualifikationen erfordern, die die traditionelle Aufteilung in Arbeiter und Angestellte fraglich werden lassen.

Gleichzeitig verstärkte sich die Frage nach Sinn und Ziel einer Produktion, die heute unübersehbare Schädigungen unserer Lebensgrundlagen hervorruft. Während ARBEIT UND LEBEN in Niedersachsen sich in dieser Zeit be-

mühte, seine Arbeitsfelder auszubauen, unterstützte es in den neuen Bundesländern den Aufbau eines beruflichen und politischen Bildungsangebotes. Dies galt insbesondere für das Bundesland Sachsen-Anhalt. Ziel war eine flächendeckende Versorgung mit Bildungsangeboten, auch in den neuen Bundesländern. Das Engagement in Sachsen-Anhalt, aber auch in Thüringen und Sachsen hat in der Zeit von 1990 bis 1993 personell und finanziell ARBEIT UND LEBEN vor große Herausforderungen gestellt. Es gelang aber dadurch, in Sachsen-Anhalt eine eigenständige Landeseinrichtung von ARBEIT UND LEBEN aufzubauen, die in vielem ein Abbild seines niedersächsischen „Ziehvaters“ darstellt.

Einher mit dieser Entwicklung gingen gravierende Veränderungen bei ARBEIT UND LEBEN. So schied 1989 der langjährige geschäftsführende päd. Leiter Günther Altmann aus der Funktion bei ARBEIT UND LEBEN aus und gab diese Funktion an Bernd Rebens weiter. Gleichzeitig wuchs durch die Entwicklungen in Sachsen-Anhalt die Beschäftigtenzahl bei ARBEIT UND LEBEN stark an, und es stellte sich die Frage, ob die bisherige Organisationsstruktur von ARBEIT UND LEBEN den Anforderungen gewachsen war.

Unter der Leitung von Bernd Rebens vollzog sich daher eine Organisationsveränderung, die eine stärkere Dezentralisierung vorsah. Aus den bisher 5 Bezirken wurden 4 neue Regionen geschnitten. Zur Leitung der Region wurden Regionalleiter eingesetzt, die den geschäftsführenden päd. Leiter in den Regionen vertreten sollten. Eine Vielzahl von Funktionen ging auf die Regionalleitungen über, und mit der Einführung einer EDV-gestützten Buchhaltung sowie später auch einer EDV-gestützten Seminarverwaltung versuchte ARBEIT UND LEBEN den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden.

Nach dem Wechsel des damaligen ersten Vorsitzenden der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Dr. Jürgen Weißbach als DGB-Vorsitzender nach Sachsen-Anhalt übernahm Heinz-Hermann Witte 1992 die Funktion des 1. Vorsitzenden. Unter seinem Vorsitz wurde das Engagement von ARBEIT UND LEBEN in Sachsen-Anhalt fortgesetzt.

Mit der Entwicklung weiterer aktueller Schwerpunktthemen reagierte ARBEIT UND LEBEN auf die anwachsende Fremdenfeindlichkeit sowie die Verschärfung der sozialen Auseinandersetzungen und unterstrich die Notwendigkeit der politischen Bildung, um konservativen Entwicklungen, Politikverdrossenheit und Resignation zu begegnen. Doch dabei wurde ARBEIT UND LEBEN konfrontiert mit finanziellen Einschränkungen im Erwachsenenbildungsbe-

reich. Auf Landesebene sowie auf der kommunalen Ebene wurde ARBEIT UND LEBEN von Sparmaßnahmen getroffen.

1992 forderte ARBEIT UND LEBEN, die politische Bildung besser als bisher zu fördern. Die von der Landesregierung vorgenommenen finanziellen Einschränkungen sollten zurückgenommen werden. In einer Resolution auf der Landeskonzferenz am 6. Okt. 1994 betonte ARBEIT UND LEBEN:

„In ihrer Kombination gefährden die finanziellen Kürzungen die Professionalisierung und Qualität der Nds. Erwachsenenbildung, und dies in einer Zeit, in der die Verknüpfung von Professionalität und Qualität zunehmend gefordert wird.“

Den insgesamt zusammenbrechenden Steuereinnahmen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene durch die konjunkturelle Talsohle mußte auch die Erwachsenenbildung Tribut zollen. Die finanzielle Belastung war verbunden mit strukturellen Veränderungen durch die Novelle des Erwachsenenbildungsgesetzes.

ARBEIT UND LEBEN engagierte sich in der aufkommenden Diskussion um die Novellierung des niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetzes und betonte dabei, daß die politische Bildung weiterhin einen zentralen Stellenwert besitzt, der einer besonderen Förderung im Rahmen des Erwachsenenbildungsgesetzes bedarf. Darüber hinaus sollte der Bildungsurlaub auf alle Fälle gesichert werden. Beides konnte ARBEIT UND LEBEN in der Novelle durchsetzen.

Bevor der Novellierungsprozeß voll einsetzte, wechselte bei ARBEIT UND LEBEN noch einmal der geschäftsführende päd. Leiter. Bernd Rebens wurde Direktor des Landesverbandes der Nds. Volkshochschulen. Kollege Carl-Bertil Schwabe, der bis dahin Leiter der Heimvolkshochschule Hustedt war, löste ihn ab.

Mit zahlreichen Stellungnahmen engagierte sich ARBEIT UND LEBEN in dem Prozeß zur Novellierung des niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetzes ab 1995. Dabei wurde betont, daß ARBEIT UND LEBEN bei weiter zurückgehenden Mitteln sich für eine Konzentration der verbleibenden finanziellen Mittel auf die Bildungsbereiche aussprach, die sowohl gemeinwohlorientiert sind als auch dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes entsprechen. Der spätere Begriff der gemeinwohlorientierten Bildung wurde dadurch in das

Zentrum der Diskussion gestellt. Die politische Bildung müsse darin einen zentralen Stellenwert haben.

Außerdem setzte sich ARBEIT UND LEBEN weiterhin für die Beibehaltung des Bildungsurlaubs in Niedersachsen ein. Ein weiterer Schwerpunkt der Forderungen lag im Bereich der Förderung der personellen Ausstattung der Einrichtungen, die nach Ansicht von ARBEIT UND LEBEN unbedingt erhalten bleiben sollte, um die Strukturen der Professionalität in der niedersächsischen Erwachsenenbildung zu sichern. In dem Novellierungsprozeß formulierte ARBEIT UND LEBEN: „... eine öffentlich verantwortete Erwachsenenbildung (muß) Ziele verfolgen, die in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft auf eine feste und demokratische Ausgestaltung eben dieser Gesellschaft abheben. Deshalb muß eine öffentlich verantwortete Erwachsenenbildung darauf hinwirken, die Menschen zu befähigen, den gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, technischen und ökologischen Wandel zu bewältigen und ihn als mündige Bürgerinnen und Bürger mitgestalten zu können.“

Deshalb forderte ARBEIT UND LEBEN:

1. Verbesserte Förderung der politischen Bildung
2. Verbesserte Förderung des 2. Bildungsweges (bes. für Schulabschlußkurse) mit Vorrang für HSA-Kurse und bei Kursen für Analphabeten
3. Beibehaltung und Verbesserung der Förderung von Unterkunft und Verpflegung
  - a) bei Seminaren der politischen Bildung
  - b) bei ausgewählten Themen im Bildungsurlaub (Positiv-Katalog)
  - c) bei Seminaren europäischer und internationaler Begegnung
4. Aufrechterhaltung und ggf. Ausweitung von Projektförderungen für Modellvorhaben zur sozialen Integration bildungsbenachteiligter Gruppen
5. Verstärkte Förderung zur Ansprache von besonders benachteiligten Frauen, u. a. durch die Bereitstellung von Mitteln zur Betreuung von Kindern.

Wesentliche Punkte dieses Forderungskatalogs wurden bei der Novellierung des Nds. Erwachsenenbildungsgesetzes berücksichtigt. Hierzu gehörte insbesondere die vorrangige Förderung gemeinwohlorientierter Bildung. Neben den allgemeinen finanziellen Einschnitten wird die Novellierung jedoch

auch große Veränderungen in Folge der veränderten Förderung von Unterkunft und Verpflegung mit sich bringen. ARBEIT UND LEBEN reagierte hierauf, indem intensiv mit den Mitgliedsorganisationen über die Umsetzung der Novellierung diskutiert wurde.

Darüber hinaus wurde in der Organisation ein Diskussionsprozeß über die zukünftigen Aufgaben und Möglichkeiten initiiert. Begleitet wurde dieser Prozeß durch Bemühungen bei ARBEIT UND LEBEN, die Professionalität sowie die Qualität zu sichern. Hierin wurde eine Möglichkeit gesehen, dem verschärften Wettbewerb auf dem Bildungsmarkt zu begegnen.